

Ausgabe 14/2011

Januar 2011

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

im Namen des neugewählten Vorstandes möchten wir uns für das entgegengebrachte Vertrauen der Mitglieder bedanken, aber auch bei denen, die ihre bisherigen Vorstandsaktivitäten einschränken müssen. Wir hoffen das ihr weiter mit Rat und Tat zu unserer Seite steht. Die Wahlen zum neuen Vorstand waren ja etwas holprig, aber der Souverän wollte es so.

Eine wichtige Entscheidung ist in den letzten Monaten im Verband gefallen. Auf unserer letzten Mitgliederversammlung sind die Qualitätsstandards mit großer Mehrheit verabschiedet worden. Jetzt ist der Weg frei um sowohl den innerverbandlichen Prozess hin zum Qualitätssiegel des Bundesverbandes weiter voran zu treiben. Hierzu hat sich ein neuer Arbeitskreis zusammen gesetzt (hat schon zwei Arbeitstreffen durchgeführt) um zur nächsten Mitgliederversammlung ein abstimmungsfähiges Ergebnis zu präsentieren.

Weiter können die Qualitätsstandards auch für die weitere fachliche und politische Auseinandersetzung aktiv genutzt. Denn wir benötigen noch viele Gespräche und Diskussionen um Produktionsschulen in der deutschen Bildungslandschaft zu etablieren und zu stabilisieren. Auch in unseren Fortbildungen bilden sich unsere Standards als pädagogische Leitideen ab.

Aber es hat sich auch in den letzten Monaten gezeigt wie fragil die Finanzierungen der einzelnen Produktionsschulen konstruiert sind. Im Rahmen des SGB II wird die Unterstützung von Produktionsschulen z.Zt. fast unmöglich gemacht. Auch im Zusammenhang mit den ESF-Förderungen in den Bundesländern ergeben sich laufend Veränderungen, die den Arbeitsalltag nicht leichter machen. Ob in der derzeitigen politischen Auseinandersetzungen um die HARTZ IV-Reformen und der Arbeitsmarktinstrumente eine Wende erreicht werden kann, hängt natürlich auch wesentlich von unseren gemeinsam abgestimmten Aktivitäten auf Bundes-, Landes und Regional- und Lokalebene ab. Wir müssen stärker in das Interesse der Öffentlichkeit treten.

Der Vorstand hat sich jetzt mit entsprechenden Zuständigkeiten formiert und steht für die anstehenden zur Verfügung. Wichtig für uns ist, dass wir bundesweit über eure Aktivitäten informiert sind. Der Newsletter und unsere Homepage sollen stärker in unsere Öffentlichkeitsarbeit eingebunden und genutzt werden. Bringt euch mit Informationen, Artikeln und Diskussionsbeiträgen ein.

Für den Vorstand  
Martin Mertens

### In dieser Ausgabe

- ▶ Bundespräsident besucht PS-Müritz  
Außerordentliche Mitgliederversammlung 2010 in Hannover
- ▶ Bundesverband Produktionsschulen beschließt Qualitätsstandards
- ▶ Aus den Ländern
- ▶ Aktueller Diskurs Lesestoff/ Literaturtipps
- ▶ BV-Termine
- ▶ DGB Ausbildungspapier

### Außerordentliche Mitgliederversammlung 2010 in Hannover

#### Na – geht doch! Vorstandswahl erfolgreich

Auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Bundesverbandes Produktionsschulen am 14.12.2010 in den Räumen der Produktionsschule Limmer in Hannover wurde der neue Vorstand gewählt. Trotz angespannter Winterwetterlage und Vorweihnachtszeit war die Versammlung gut besucht und kam zu einem abschließenden Ergebnis.

Dem neuen Vorstand gehören nun neben den bisherigen Mitgliedern Sabine Trepke (Produktionsschule Westmecklenburg), Tobias Schmidt (Produktionsschule BBW Leipzig), Bernd Reschke (Werkstatt-Schule Hannover) auch Maiken Carstens (Produktionsschule CJD Eutin) und Martin Mertens (BuntStift Kassel) an. Aus deren Mitte wurde Martin Mertens als Vorsitzender gewählt.



Sabine Trepke

Die nächste öffentliche Vorstandssitzung findet am 15.3.2011 ab 10.00h in der Bundesgeschäftsstelle des Verbandes in Hannover statt.

Die zukünftigen zentralen Aufgaben des Verbandes liegen vor allem in der finanziellen Absicherung bestehender und neuer Produktionsschulen, der Verbreitung der Idee im politischen Raum sowie einer Ausweitung der Fort- und Weiterbildungsaktivitäten für die pädagogischen Mitarbeiter.



Tobias Schmidt



Bernd Reschke



Maiken Carstens



Martin Mertens

### Bundesverband Produktionsschulen beschließt Qualitätsstandards

#### Bundesverband Produktionsschulen beschließt Qualitätsstandards

Unter dem Motto „Wo Produktionsschule draufsteht, soll auch Produktionsschule drin sein“ hat die Mitgliederversammlung des Bundesverbandes Produktionsschulen im südhessischen Karben nach intensiver Diskussion seine Qualitätsstandards verabschiedet. Sie sind ein weiterer wichtiger Schritt, um die Bedeutung von Produktionsschulen im deutschen Übergangssystem Schule-Beruf zu unterstreichen. Einerseits sind sie Richtschnur in der laufenden bildungspolitischen Debatte, andererseits soll mit ihnen ein Qualitätssiegel entwickelt werden. Dieser betriebsnahe pädagogische Ansatz in der Beruflichen Bildung konnte den Beweis antreten, dass er in der Lage ist, benachteiligte Jugendliche erfolgreich in Ausbildung und Arbeit zu vermitteln. Produktion oder Dienstleistung im Kundenauftrag sind dabei der zentrale Drehpunkt. In den letzten fünf Jahren entstanden in Deutschland mehr als 50 neue Produktionsschulen mit unterschiedlichen Werkstattbereichen und Produktionslinien.

Die diesjährige Jahrestagung „Arbeiten und Lernen in Produktionsschulen – der Weg zum Beruf“ des Bundesverbandes fand Ende September im Berufsbildungswerk Südhessen in Karben statt. Mehr als 120 Fachleute und Verbandsmitglieder beschäftigten sich in sieben Fachforen mit unterschiedlichen Bildungsthemen im Produktionsschulkontext. Weiterhin wurde auf der hochkarätigen Fachtagung die Charta der dänischen Produktionsschulen, ein Arbeitspapier zur Standortbestimmung und Weiterentwicklung, vom dänischen Dachverband der Produktionsschulen präsentiert. In der anschließenden Diskussion

stellte sich ein hohes Maß an Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Verbänden heraus.

Wichtige Impulse für die Produktionsschulbewegung setzten die Fachvorträge durch den Reformpädagogen Otto Herz: „Null Bock gibt es nicht – es fehlen nur die geeigneten Angebote“ (Bielefeld/Leipzig) und Prof. Dr. Arnulf Bojanowski: „Produktionsschulen – der Weg ins Leben“ (Leibniz Universität Hannover). Sie machten beide deutlich, wie wichtig Autonomie- und Kompetenzerleben sowie ein stabiler, sozialer Zusammenhang für die Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen sind und dass die Handlungs- und Auftragsorientierung sowie individuelle Förderung in den Produktionsschulen dafür eine geeignete pädagogische Praxis darstellen. Ebenso ist es notwendig, dass die Produktionsschulen stärker die Themen Inklusion (UNO Konvention) und Europäischer Qualifikationsrahmen in ihre Diskussionen aufnehmen. Der Text der Qualitätsstandards und die Ergebnisse der einzelnen Workshops können auf der Internetseite des Bundesverbandes heruntergeladen werden:

[www.bv-produktionsschulen.de/](http://www.bv-produktionsschulen.de/)

### Aus den Ländern

#### Mecklenburg-Vorpommern

##### Bundespräsident besucht die CJD Produktionsschule Müritz

Viel Aufregung kurz vor dem Weihnachtsfest in der Produktionsschule des CJD in Waren (Müritz). Wenige Tage nach dem 10jährigen Geburtstag besuchte der Bundespräsident Christian Wulff, in Begleitung des Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, Erwin Sellering, die Einrichtung am 09.12.2010.

Die Gäste hatten viel Zeit mitgebracht, denn das Interesse an dem Bildungskonzept der Produktionsschule war groß.

Nach der Begrüßung hatte der Leiter des Hauses Holger Kiehn im Rahmen einer Gesprächsrunde die Möglichkeit die Grundidee der Produktionsschulen vorzustellen, das Konzept der CJD Produktionsschule zu erläutern und Ergebnisse einer nun schon 10jährigen pädagogischen Arbeit zu präsentieren.

Anschließend ging es kreuz und quer durch die Schule. Der Bundespräsident suchte den Kontakt zu den Jugendlichen und er nahm sich viel Zeit für Gespräche.

In der Theaterwerkstatt und in der Holzwerkstatt bekam er die Produktionsschule zum Anfassen „serviert“.



Erstaunt und zugleich begeistert zeigte er sich von den hier umgesetzten Ideen, junge Menschen auf ihren Weg für die Arbeitswelt vorzubereiten.

Er kaufte u.a. spontan eine Spielzeugkiste für die Spielecke im Bundespräsidialamt.

Beim gemeinsamen Mittagessen (Kasslerbraten mit Sauerkraut)



mit den Jugendlichen und den Mitarbeitern / Mitarbeiterinnen würdigte er die ausgezeichnete Arbeit in der Produktionsschule Müritz und er betonte, dass er hier ein ausgezeichnetes Beispiel für innovative Bildungsarbeit sieht.

Gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten des Landes trug er sich in das Gästebuch der Schule ein und verließ nach zwei Stunden die Einrichtung des CJD Waren (Müritz).

### **MV-Staatssekretär hat vor Ort in Greven Produktionsschulalltag kennengelernt**

Dr. Stefan Rudolph, Staatssekretär vom Landesministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Mecklenburg-Vorpommern, überzeugte sich bei seiner ersten Stippvisite in der Produktionsschule Westmecklenburg davon was Produktionsschulen in der Praxis leisten.

Die seit dem 1. September 2006 auf dem einstigen Gutshofgelände in Greven bei Lübz wirkende Einrichtung der gemeinnützigen All Pütter gGmbH ist eine von mittlerweile sechs Produktionsschulen in Mecklenburg-Vorpommern.

Von den landesweit bisher insgesamt 1680 Absolventen der Produktionsschulen haben immerhin 581 an Vorbereitungen für einen Schulabschluss teilgenommen. Davon wiederum haben 281 die Berufsreife erlangt. Was hier statistisch klingt, ist ein richtiger Erfolg, weil er sozial und/oder lernbenachteiligten Jugendlichen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt gibt.

Daher ist die Leistung der Produktionsschulen gar nicht hoch genug zu schätzen, sie geben Hilfe zur Selbsthilfe, denn es werden wirklich alle gebraucht.

Beim Rundgang durch die Werkstätten konnte sich der Staatssekretär ein sehr positives Bild machen, wie das auch in Dänemark schon lange bewährte pädagogische Konzept bislang als chancenlos angesehene Jugendliche fit zu machen für ein möglichst eigenständiges Leben auf dem Arbeitsmarkt in der Produktions-

schule Westmecklenburg in Greven umgesetzt wird.

### **Sachsen**

Zur Entwicklung von Produktionsschulen in Sachsen

Im November diesen Jahres trafen sich Produktionsschulmitarbeiter aus Moritzburg, Chemnitz und den beiden Leipziger Produktionsschulen (Schauplatz und produktionsschule-leipzig.de) sowie Kollegen des produktionsschulorientiert arbeitenden Jugendberufshilfeprojektes „Netz kleiner Werkstätten“ am BBW Leipzig. Im Rahmen dieser Qualifizierung stellte Herr Reiner Hain vom Landesjugendamt unter anderem die aktuelle Situation der Produktionsschullandschaft in Sachsen dar.

Demnach sollen neben der durch die Arge Leipzig finanzierten PS Schauplatz im Frühjahr 2011 insgesamt zehn PS aus Mitteln des Freistaates und des Europäischen Sozialfonds gefördert werden.

Bereits tätig sind aktuell:

- ▶ Produktionsschule SCHAUPLATZ Leipzig (Gewerblich-technische Bildungsstätte GmbH)
- ▶ Produktionsschule Chemnitz (Jugendberufshilfe Chemnitz e.V.)
- ▶ Produktionsschule ERZ (CJD Chemnitz Außenstelle Annaberg)
- ▶ Produktionsschule Vogtland (FAW gGmbH, Akademie Plauen)
- ▶ Neue Produktionsschule Moritzburg (Produktionsschule Moritzburg gGmbH)
- ▶ Produktionsschule „Stellwerk(statt)“ (AWO Kinder- und Jugendhilfe gGmbH)
- ▶ produktionsschule-leipzig.de (Berufsbildungswerk Leipzig gGmbH)
- ▶ Produktionsschule „Der Hoflanden“ (CJD e.V. Heidenau)
- ▶ Produktionsschule der KEL Zschopau (Kirchliche Erwerbslosenhilfe Zschopau)
- ▶ „Werk-statt-Schule Lausitz“ (PSW Schulung & Werbung GmbH Hoyerswerda)

In der Antragstellung befinden sich:

- ▶ Produktionsschule im Lebenshof (Lebenshof Ludwigsdorf gGmbH)

Um diese positive Entwicklung auch weiter zu befördern, sind regelmäßige Treffen zur inhaltlichen Abstimmung, Organisation von gemeinsamen Qualifizierungsangeboten sowie die Entwicklung einer Strategie zur weiteren Finanzierung nach Beendigung der ESF-Förderperiode 2013 geplant.

Das nächste Treffen der Landesarbeitsgemeinschaft Sachsen/Sachsen-Anhalt findet am 16. März 2011 von 10-15 Uhr in Leipzig statt.

### **BV-Termine**

#### **BV-Vorstandssitzung**

Die nächste öffentliche Vorstandssitzung findet am 15.3.2011 ab 10.00h in der Bundesgeschäftsstelle des Verbandes in Hannover statt.

#### **BV-Arbeitskreise**

Die Termine erfahren Sie bei den Leitern der Arbeitskreise oder über die Geschäftsstelle.

AK-Zertifizierung Martin Mertens [m.mertens@bv-produktionsschulen.de](mailto:m.mertens@bv-produktionsschulen.de) und AK-Fortbildung Bernd Reschke [b.reschke@bv-produktionsschulen.de](mailto:b.reschke@bv-produktionsschulen.de)

Aktueller Diskurs/Lesestoff/Literaturtipps

### **Bertelsmann zum Demografischen Wandel**

Bertelsmann Stiftung zur Ausbildungsmarktbilanz 2010

Herunterladen unter Downloads

[www.bv-produktionsschulen.de/](http://www.bv-produktionsschulen.de/)

Trotz sinkender Bevölkerungszahl bleiben Hunderttausende ohne Berufsabschluss

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit steigt die Zahl der Ausbildungsplätze, während die Zahl der Bewerber sinkt. Auf den ersten Blick liest sich die Ausbildungsmarktbilanz 2010 positiv. Die Bertelsmann Stiftung bemängelt jedoch, dass mehrere hunderttausend Jugendliche ohne Ausbildungsplatz außen vor bleiben: In der Statistik tauchen Ausbildungsplatzsuchende nicht auf, die eine Maßnahme im so genannten Übergangssystem absolvieren - obwohl sie auf diese Weise keinen Berufsabschluss erlangen können.

Auch durch die demographische Entwicklung wird dieses Problem nicht gelöst: Prognosen des Nationalen Bildungsberichts zufolge stecken im Jahr 2025 immer noch eine Viertelmillion junge Menschen im Übergangssystem fest, wenn das Ausbildungssystem nicht reformiert wird.

Dies hat nach einer neuen Studie des Instituts für Wirtschaftspädagogik (IWP) an der Universität St. Gallen im Auftrag der Bertelsmann Stiftung vor allem zwei Ursachen: Jugendliche mit Förderbedarf werden weiter nur schwer eine Lehrstelle finden, denn die Unternehmen können ihren Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften auch anderweitig decken - etwa indem sie vermehrt Hochschulabsolventen einstellen oder qualifizierte ausländische Mitarbeiter anwerben. Zudem fehlt in bestimmten Regionen auch künftig ein ausreichendes Angebot an Lehrstellen oder die Bewerber haben nicht die geforderten Qualifikationen. Die Folge: Viele Jugendliche stehen ohne Ausbildungsplatz da und landen deshalb im Übergangssystem. Den Staat kostet das Übergangssystem derzeit jährlich 4,3 Milliarden Euro, im Jahr 2025 sind es trotz der demographischen Entwicklung noch 3,3 Milliarden Euro.

### **Bertelsmann Stiftung präsentiert neue Initiative „Übergänge mit System“**

Im Rahmen der Initiative „Übergänge mit System“ hat die Bertelsmann Stiftung gemeinsam mit neun Partnerministerien aus fünf Bundesländern Eckpunkte für die Reform des Übergangssystems zwischen Schule und Berufsausbildung verabschiedet.

Die Eckpunkte beinhalten Aussagen darüber, wie künftig die Berufsorientierung in der Schule, Maßnahmen zur Herstellung von Ausbildungsreife und subsidiäre, betriebsnahe Formen der Berufsausbildung ausgestaltet werden sollen. In Zukunft soll es für Ausbildungsbewerber nur noch zwei Wege geben: Noch nicht ausbildungsreife Jugendliche sollen in Maßnahmen individuell schnellstmöglich zur Ausbildungsreife geführt werden. Bereits ausbildungsreife Jugendliche sollen nicht in Maßnahmen einmünden, sondern ein Ausbildungsangebot erhalten. Oberste Priorität hat dabei die Einmündung in die duale, betriebliche Ausbildung. Stehen nicht genügend duale Ausbildungsplätze zur Verfügung, so sollen die Jugendlichen vollzeitschulisch oder außerbetrieblich ausgebildet werden.

Die Eckpunkte stellen die Grundlage für ein Rahmenkonzept dar, das im nächsten Schritt gemeinsam mit den Partnermini-

sterien und im Dialog mit der Bundesagentur für Arbeit erarbeitet und im Frühjahr der Öffentlichkeit präsentiert werden soll.

### **Bertelsmann Stiftung**

#### **Mangelhafte Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt verursacht erhebliche gesellschaftliche Folgekosten.**

Die mangelhafte Integration junger Menschen in die Arbeitswelt verursacht ganz erhebliche gesellschaftliche Folgekosten. Durch grundlegende bildungspolitische Weichenstellungen könnten für die Jahre 2007 bis 2015 insgesamt 13,4 Milliarden Euro an direkten und 15,9 Milliarden Euro an indirekten Kosten bei der Integration von Jugendlichen in Ausbildung und Beschäftigung eingespart werden. Hinzu kämen Wertschöpfungspotenziale durch den nachträglichen Erwerb von Berufsabschlüssen von gering qualifizierten Arbeitnehmern in Höhe von 21,5 Milliarden Euro. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie, die im Auftrag der Bertelsmann Stiftung vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln erstellt wurde.

DGB Ausbildungspapier

#### **Weniger ist Mehr - Jugendliche im Übergang zwischen Schule und Beruf**

Eine gute Ausbildung ist die beste Voraussetzung, um sich auf dem Arbeitsmarkt behaupten zu können. Wer eine gute Berufsausbildung abgeschlossen hat, wird seltener arbeitslos und kann sich auch im weiteren Lebensverlauf besser auf neue Anforderungen einstellen bzw. sich aktiv weiterbilden. Deshalb unterstützt der DGB die Forderung nach einem „Grundrecht auf Ausbildung“.

Deutschland wird in Zukunft einen steigenden Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften haben. Bereits heute klagen einzelne Branchen über einen akuten Fachkräftemangel. Auch deshalb muss allen Jugendlichen die Möglichkeit eröffnet werden, ihre Potenziale zu entwickeln. Niemand darf von der Schule in die Arbeitslosigkeit gehen. Diesem Anspruch wird die Situation im deutschen Berufsbildungssystem derzeit nicht gerecht.

Viele Jugendliche sind nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule auf Maßnahmen außerhalb der dualen Ausbildung angewiesen. Dies ist vor allem auf die großen Probleme der vergangenen Jahre zurückzuführen, ein ausreichendes vollqualifizierendes Berufsbildungsangebot bereitzustellen. Die Länder werden ihrem Bildungsauftrag nicht gerecht, wenn immer noch ca. 65.000 junge Menschen pro Jahr die Schule ohne Abschluss verlassen.

#### **BMAS Gutachten zum nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses**

Die Studie kann eingesehen werden unter

[www.bmas.de/portal/49808/](http://www.bmas.de/portal/49808/)

Das Gutachten untersucht, insbesondere welche Angebote es etwa seitens der Bundesländer und der Bundesagentur für Arbeit zum nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses gibt und wie erfolgreich in diesen Angeboten der Hauptschulabschluss erworben werden kann. Es werden Erfolgsfaktoren identifiziert und Empfehlungen für eine Weiterentwicklung der Angebote gegeben. Im Anhang findet sich eine systematische Aufbereitung der Angebote in den Bundesländern.

In der Studie wird festgestellt, dass das Nachholen des Hauptschulabschlusses in den höchst unterschiedlichen Kontexten

stattfindet. Quantitativ am bedeutendsten sind die Angebote in schulischen Bildungsgängen der Bundesländer mit je sehr unterschiedlichen Bedingungen und die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen der BA.

Die Erfolge der schulischen Angebote in den Bundesländern sind kaum zu vermitteln, weil die Angebote zu heterogen ausgestaltet sind und die Datenlage unzureichend ist. Für BvB konnte ermittelt werden, dass die Motivation der Teilnehmer/innen, einen Hauptschulabschluss erwerben zu wollen, ein zentraler Erfolgsfaktor darstellt. Dabei ist zu bedenken, dass nur rund 10% der BvB-Teilnehmer/innen dieses Ziel verfolgen. Gleichzeitig wird auch seitens der BA ein anderes Maßnahmenziel favorisiert, nämlich die Integration in Ausbildung bzw. Arbeit, während der Erwerb des Hauptschulabschlusses nur nachrangig verfolgt wird. Für eine Weiterentwicklung der Angebote empfiehlt das Gutachten, die Ziele der BvB stärker zu priorisieren. Soweit dabei der Erwerb des Hauptschulabschlusses vorangestellt würde, sei außerdem eine stärkere Binnendifferenzierung der Förder-, Lern- und Qualifizierungsangebote in BvB nötig. Das Gutachten gibt zahlreiche weitere Empfehlungen für eine Weiterentwicklung von BvB und einige Hinweise zur Ausgestaltung der Prüfungen in den schulischen Bildungsgängen der Länder. Darüber hinaus empfiehlt das Gutachten für Jugendliche aus dem Rechtskreis SGB II niedrigschwelligere Angebote als BvB bereitzustellen. Diese Jugendlichen verfügen besonders häufig über keinen Schulabschluss und weisen multiple Problemlagen auf. In der Studie wird in diesem Zusammenhang auf die ausgelaufene Regelung zur Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten hingewiesen.

### **Aktuelles Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe**

Unter dem Titel „Schnittstellenprobleme zwischen SGB II, III und VIII beheben“ hat die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) ein aktuelles Positionspapier veröffentlicht, das sich mit den Schwierigkeiten junger Menschen beim Übergang ins Erwerbsleben und der Förderung durch verschiedene Institutionen befasst.

Ausgangspunkt der Positionierung ist die Feststellung, dass die Schnittstellen zwischen den Rechtskreisen des SGB II, SGB III und SGB VIII eine große Hürde für junge Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf beim Übergang ins Erwerbsleben bilden. Um die entstehenden Probleme zu lösen, seien rechtliche Korrekturen in den Sozialgesetzbüchern II, III und VIII nötig.

Berücksichtigt werden muss insbesondere Folgendes:

- ▶ Die Sanktionsregelungen für Jugendliche im SGB II müssen dringend entschärft und flexibilisiert werden, um der sozialen Ausgrenzung junger Menschen entgegenzuwirken. Die Sanktionsbestimmungen müssen so gestaltet werden, dass eine auf die individuelle Situation abgestimmte und angemessene Reaktionsmöglichkeit des Fallmanagements geschaffen wird.
- ▶ Sozial benachteiligte und individuell beeinträchtigte junge Menschen bedürfen einer umfassenden Unterstützung, wie sie das SGB VIII vorsieht, auch wenn sie durch das SGB II oder SGB III gefördert werden bzw. aus den dortigen Systemen Geldleistungen erhalten.
- ▶ Für sozial benachteiligte und individuell beeinträchtigte Jugendliche ist eine verbindliche Leistungserbringung nach dem § 13 SGB VIII notwendig. Grundsätzlich sind die Gebietskörperschaften verpflichtet, die Jugendämter in die Lage zu versetzen, im Sinne eines pflichtgemäßen Ermessens für die Unterstützung dieser Jugendlichen ausreichende und bedarfsgerechte Angebote gemäß § 13 SGB VIII sicherzustellen

und eine dazu erforderliche Infrastruktur vorzuhalten.

- ▶ Leistungen für die Sicherung des Lebensunterhaltes erhalten diese jungen Menschen weiterhin von den Grundsicherungsträgern. Der örtliche Träger der Jugendhilfe ist im Sinne eines abgestimmten Zusammenwirkens am Abschluss der Eingliederungsvereinbarung mit einem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen unter 25 Jahren zu beteiligen, sofern dies zur Sicherstellung des Hilfeprozesses notwendig ist. Arbeitsagenturen, Grundsicherungsstellen und Jugendämter sollen verbindlich zusammenarbeiten, damit in ihrer Region eine abgestimmte Förderstruktur zur sozialen und beruflichen Integration für Jugendliche und junge Erwachsene entsteht.

### **Impressum**

#### **Neues! Aus dem Bundesverband Produktionsschulen**

**Hrsg.: Bundesverband Produktionsschulen e.V.,**  
Geschäftsstelle Hannover, Wunstorfer Straße 130, 30453 Hannover  
info@bv-produktionsschulen.de, www.bv-produktionsschulen.de

NEUES!-Redaktion: BuntStift GmbH, Martin Mertens, Holländische Str. 208, 34127 Kassel  
redaktion@bv-produktionsschulen.de

Vi.S.d.P: Martin Mertens

Mitarbeit: Sabine Treppe, Arne Meisel

Die Inhalte dieser Ausgabe wurden sorgfältig und nach besten Wissen zusammengestellt. Wir übernehmen keinerlei Haftung für Irrtümer oder versehentlich falsche Angaben, und bitten in diesen Fällen um Nachricht.